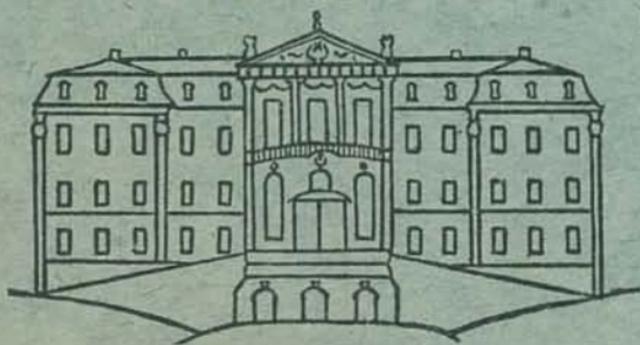


Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

# Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne



216

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

C410

Eing.-Nr. 22756  
Sign. C400

Hefte aus Burgscheidungen

---

Günter Wirth

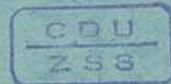
## Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne

Christlich - Demokratische Union  
Zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“

1983

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands



Im Februar 1953 veröffentlichte Otto Nuschke unter der Überschrift „Der getaufte Präsident“ einen Leitartikel in der „Neuen Zeit“, der ein besonders großes Echo fand. „Es hat sicher auf unserem Globus einige Überraschungen gegeben“, so begann dieser Artikel, „als die Nachricht aus den USA kam, der neugewählte Präsident Oliver Dwight Eisenhower habe sich taufen lassen. Der große Vorkämpfer zur Rettung des christlichen Abendlandes war also bis dahin Heide.“

Nachdem Otto Nuschke darauf verwiesen hatte, daß dieser Vorgang von der religiösen Landkarte her nicht als zu ungewöhnlich habe betrachtet werden können, weil laut Religionsstatistik (vor 30 Jahren) nur 53 Prozent der Einwohner der USA einer der christlichen Denominationen angehörten, fügte er einen anderen Gedanken hinzu, der auswies, wie ungewöhnlich dieser Vorgang tatsächlich sei: „Die Nachricht von der Taufe des neugewählten Präsidenten wird vermutlich auch bei seinen früheren militärischen Kameraden ein leises Erstaunen hervorgerufen haben. War es doch sein Generalstabschef, der General Gruenther, der bei einer Beratung über die psychologische Kriegsführung den Rat gab, man solle in der Propaganda gegen den Ostblock darauf verweisen, daß die sogenannte freie Welt Vorkämpferin des Christentums sei, daß das christliche Abendland von den Staaten des Nordatlantikkpakt es gerettet werden müsse.“

Schließlich verzichtete Otto Nuschke nicht darauf, dem Vorgang eine gewisse historische Perspektive zu geben: „Ich erinnere mich einer meiner Versammlungen, die ich in Österreich 1952 hielt. Es war eine glänzend besuchte Versammlung im amerikanischen Sektor von Wien, in der ich mir erlaubte darauf hinzuweisen, daß das geflügelte Wort von der Rettung des christlichen Abendlandes zurückgehe auf die Tage der Belagerung von Wien durch die Türken. Damals wurde das christliche Abendland vom Osten her gerettet. Es war der Polenkönig Johann Sobieski, der die Befreierscharen heranzuführte. Das damals allerchristlichste Frankreich aber befand sich im geheimen Bündnis mit dem türkischen Sultan. Auch im christlichen England dachte man mehr an Kaperkriege und Geschäfte als an die Rettung des christlichen Abendlandes. Aber jetzt gehört die Türkei zum Nordatlantikkpakt, und die geschichtliche Groteske offenbart sich uns, daß die einstigen Bedroher des christlichen Abendlandes unter der Protektion Eisenhowers in die Reihe seiner ‚Retter‘ eingerückt sind. Die kleine geschichtliche Reminiszenz fand in Wien besonderen Beifall.“

Fast parallel zu diesem Vorgang war ein anderer, ebenso

bemerkenswerter zu beobachten: Auf der Tagung des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA 1952 in Denver sprach der neue amerikanische Außenminister John Foster Dulles. Genauer gesagt: Er ließ dort die Bandaufnahme seiner Rede vortragen, weil er sich zur Zeit der Tagung auf dem Kreuzer „Helena“ im Pazifischen Ozean befand und mit General Eisenhower und anderen einflußreichen amerikanischen Politikern die neuen militärischen Pläne der Regierung Eisenhower, zumal mit Blick auf Korea, beriet.

Die Rede, die damals über die amerikanische „Neue Zeitung“ auch in deutscher Sprache verbreitet wurde, war von theologischen und religiösen Allgemeinplätzen bestimmt. Nur an zwei Stellen wurde sie konkret, politisch konkret im Sinne dessen, was Dulles schon 1948 auf der Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vorgetragen und was auch die Linie der Truman-Administration bei der Errichtung der Front des Kalten Krieges bestimmt hatte – zumal als Truman 1950 das Ansinnen an die Amtsträger aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in den USA gestellt hatte, eine „Einheitsfront des Christentums gegen den Kommunismus“ zu schaffen. Der eine entscheidende Satz von Dulles lautete: „Dies ist eine Zeit, in der unser Volk berufen ist, eine schicksalhafte Rolle in den Angelegenheiten der Welt zu spielen“, und der andere, der gleichsam an den Nationalrat appellierende: „Heute brauchen wir abermals diesen Weitblick, dieses Mitgefühl, diese Klarheit und vor allem das zweckgerichtete Handeln (wie zur Zeit der Gründer der USA. G. W.), ... weil unser Volk nicht mehr ausreichend von dem rechten und kraftvollen Glauben durchdrungen ist, der ihm das Gefühl verlieh, daß es zur Erfüllung einer Mission und eines bestimmten Zieles ausersehen sei ...“

Mit beiden Vorgängen ist die politisch-„moralische“, die ideologische Konstellation auf dem Höhepunkt des damaligen, des, wie wir heute sagen, ersten Kalten Krieges von der Spitze der Hauptmacht des Imperialismus her genau bestimmt: schicksalhafte Rolle der USA in den Angelegenheiten der Welt, religiös drapiert mit dem Christentum als dem „Kitt der NATO“, um das berüchtigte Wort des von Otto Nuschke erwähnten Generals Gruenther aus dem Frühjahr des Jahres 1952 zu erwähnen. Oder anders formuliert: Streben der USA nach Hegemonie, verbunden mit einem „Kreuzzug“ gegen den Osten.

Interessanterweise spielten in der Publizistik Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre der Begriff und das Schlagwort „Kreuzzug“ eine ziemlich bedeutende Rolle. Das Organ der PAX-Bewegung in Polen, „Słowo Powszechnie“,

veranstaltete 1952 eine Umfrage unter polnischen katholischen Intellektuellen über ihre Meinung zur „Kreuzzugslosung“, und die bekannte Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Stefania Skwarczyńska, Łódź, die Ende 1982 zu ihrem 80. Geburtstag mit dem Pietrzak-Preis ausgezeichnet wurde, antwortete damals u. a.:

„Sie fragen mich nach meiner Meinung über die Kreuzzugslosung, unter der die politischen Kräfte des Westens Hitlers Wehrmacht erneuern und einen Aggressionskrieg gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratien vorbereiten, der offen unsere Grenzen, die Grundlagen unseres nationalen Status und die Bedingungen unserer historischen Entwicklung bedroht. Auf diese Frage gibt es für einen Polen und Katholiken nur eine Antwort... Jeder Katholik muß energisch gegen den Mißbrauch des für ihn allerheiligsten Kreuzzeichens für die politische Tagespropaganda im Worte Kreuzzug protestieren. Er muß dagegen protestieren, daß das Banner des Aggressionskrieges, der Gewalt, Vergewaltigung und des Raubes, eines Krieges im Interesse des amerikanischen Imperialismus und des internationalen Kapitals mit dem Kreuz ‚geweiht‘ wird, das für uns die Erlösung der Welt, die uferlose Liebe Gottes zum Menschen bedeutet, nur um mit dieser heiligen Zaubermacht die Massen einfacher, naiver, unaufgeklärter Menschen zu Aktionen zu verleiten, die Mord, Raub, Vernichtung, Schuld und Unterdrückung der Menschen in die Welt bringen.“

Wie Otto Nuschke auf seine Weise, so machte auch Frau Prof. Skwarczyńska historische Argumente geltend, indem sie zum einen betonte, daß die Kreuzritter „in den Augen des Ostens die Größe der christlichen Religion diskreditierten“, und zum anderen zwar nicht auf Jan Sobieski, wohl aber auf den großen Polen Pawel Wlodkowicz verwies, der zur Zeit des Konstanzer Konzils die christliche Lehre reinhielt, indem er nachwies, daß ein Krieg gegen Ungläubige kein bellum iustum, kein gerechter Krieg sei.

Kreuzzug – Prof. Stefania Skwarczyńska hatte es klar herausgearbeitet: Das war 1952 nicht nur eine ideologische Konzeption, das war eine konkrete „Traditionslinie“ für den „hard score“, den harten Kern, der Politik des Imperialismus, für die Konfrontation mit dem Sozialismus, bereits militärisch exekutiert im Fernen Osten, gegenüber Korea und mit der Blickrichtung auf China, und in der Vorbereitung der militärischen Exekution in Europa durch die Remilitarisierung der BRD und andere damals geplante Aktionen, jeweils auf der Plattform von Militärpakten wie der NATO, der SEATO usw.

Im Grunde war das die Endmoräne der politischen und militärischen Pläne, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in der Ära des Kalten-Kriegs-Präsidenten Truman ausgearbeitet worden waren, deren Vollzug dann aber aufgeschoben und zunächst ad acta der Archive gelegt werden mußte, weil 1949 klar war, daß die UdSSR das imperialistische Atomwaffenmonopol zerbrochen hatte.

A propos: ad acta der Archive...

In der Moskauer Wochenzeitung „Neue Zeit“ haben 1979 und 1980 Prof. Nikolai Jakowlew und der Publizist Lew Besymenski Dokumente aus amerikanischen Archiven analysiert, in denen die Atomkriegspläne des amerikanischen Imperialismus in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre niedergelegt sind. Diese Dokumente hatten die Autoren amerikanischen Publikationen entnommen, z. T. waren sie ihnen als Fotokopien zugänglich. Drei Gesichtspunkte aus diesem umfassenden Material, das – ergänzt – inzwischen als Buch im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag herausgekommen ist, sollen hier besonders hervorgehoben werden.

1. Obwohl General Eisenhower im Spätherbst 1945 dem Kongreß versichert hatte: „Wir beabsichtigen nicht, den ersten Schlag zu führen“, waren Planer der US-Kriegsmarine zu eben dieser Zeit dafür, in die Direktive 1496/2 der Vereinigten Stabschefs der USA einen direkten Hinweis auf die Möglichkeit des Erstschlages aufzunehmen. In M. Sherrys Buch „Vorbereitung für den nächsten Krieg“ ist hierzu zu lesen: „Im Oktober 1945 empfahlen die Vereinigten Stabschefs, die Atomforschungen und die Atombombenproduktion bei strengster Geheimhaltung zu beschleunigen. Die Militärs planten, die Atombomben als das Hauptmittel zur massierten Eindämmung und Vergeltung zu benutzen. In einem Geheimbericht erwogen die Vereinigten Stabschefs, inwieweit es wünschenswert sei, der UdSSR – als Vergeltungs- oder als Präventivmaßnahme – Atomschläge zu versetzen. Das Vereinigte Aufklärungskomitee bestimmte 20 sowjetische Städte als Ziel für Atombombenabwürfe... Das Komitee empfahl einen Atomangriff nicht nur bei der Gefahr eines Überfalls seitens der UdSSR, sondern auch dann, wenn die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen des Gegners ‚einen Überfall‘ auf die USA oder den Aufbau einer Verteidigung gegen unseren Überfall möglich machen. Das Komitee empfahl, ‚der strategischen Luftwaffe den Vorrang zu geben‘, um Rußland jede Angriffsmöglichkeit zu nehmen. Ferner meinte das Komitee, die Atombombenabwürfe seien im Einsatz gegen die konventionellen Streitkräfte und das Verkehrssystem wenig effektiv, womit es auch zugab: Die

Atombombe wird nur der Massenvernichtung der Städte dienen können.“

Es geschah dies in einem Zeitraum, in dem die offiziellen Vertreter der USA mit denen der UdSSR noch an der einen Seite des Verhandlungstisches als Angehörige der Antihitlerkoalition zusammensaßen, und es geschah überdies unter der Perspektive, daß sie selbst nicht an die von ihnen neu aufgenommene „Bedrohungslüge“ glaubten. Sherry urteilt: „Wie das Kommando der Streitkräfte zugab, stellte die UdSSR nicht eine unmittelbare Gefahr dar... Sie wollte sich... für die nächsten Jahre... auf den inneren Wiederaufbau konzentrieren... Jedoch die Möglichkeiten der Sowjetunion erschienen, unabhängig davon, wie wir über die Absichten der Russen dachten, Grund genug, die UdSSR als potentiellen Gegner zu bezeichnen.“

Kernstück dieser Direktive, die vom Koordinationskomitee des Außenministeriums, des Kriegsministeriums und des Marineministeriums aufgenommen wurde (SWNCC 282), war letztlich: „Wir können nicht zulassen, daß uns infolge einer irreführenden und gefährlichen Idee, wir hätten eine aggressive Haltung zu vermeiden, der erste Schlag versetzt wird. Unter solchen Umständen muß unsere Regierung rasch eine politische Entscheidung treffen und zugleich alles dafür vorbereiten, daß wir selbst erforderlichenfalls den ersten Schlag führen.“ Die Erstschlags-Doktrin steht also am Anfang des Kalten Krieges des Imperialismus.

2. Zwischen August und November 1948 wurde in den politischen Führungsstäben der USA unter maßgeblicher Beteiligung von George F. Kennan, der mit seinem 8000-Wörter-Telegramm vom 22. Februar 1946 aus Moskau die ideologische Begründung für den Kalten Krieg geliefert hatte, an Direktiven gebastelt, die die „USA-Ziele in bezug auf Rußland“ (NSA Direktive 20/1) betrafen. Am 23. November 1948 wurde schließlich die Direktive 20/4 bestätigt, und auf sie wurden unmittelbare militärische Planungen bezogen, so der Plan der Vereinigten Stabschefs „Charioteer“ von Mitte 1948. Danach sollte der Krieg vor dem 1. April 1949 beginnen, und zwar „... mit konzentrierten Luftangriffen von den Stützpunkten in der westlichen Hemisphäre und in Großbritannien unter Einsatz von Atombomben gegen die Regierungs-, Verwaltungs-, politischen und Industriezentren sowie einzelne Unternehmen der Erdölindustrie“.

Weiter sah dieser Plan vor: Im ersten Kriegsmonat sollten 133 Atombomben auf 70 sowjetische Städte abgeworfen werden, darunter 8 auf Moskau, um etwa 40 Quadratmeilen der Stadt zu zerstören, und 7 auf Leningrad, um 35 Quadratmei-

len zu zerstören. In zwei Kriegsjahren wollte man weitere 200 Atombomben und 250 000 Tonnen konventionelle Bomben abwerfen. Es wurde angenommen, daß die UdSSR im Laufe dieser Bombardierungen oder danach kapitulieren würde. Bis zum 1. September 1948 wurde der Fleetwood-Plan den Stäben der Verbände zugeleitet, als Instruktion zur Aufstellung von Operationsplänen.

Doch ehe dieser Plan verwirklicht werden konnte, hatte ein Sonderkomitee unter Generalleutnant H. Harmon die politischen Folgen einer aus dem Erstschlag hervorgehenden Situation untersucht. In dem Bericht der Kommission war zwar einerseits hervorgehoben worden, daß „vom Standpunkt unserer nationalen Sicherheit die Vorzüge eines frühen Atomwaffeneinsatzes überragend“ seien. Andererseits konnten offenbar die Konsequenzen aus den Berechnungen dieses Berichtes (der sofortige Untergang von 2,7 Millionen, in der Folge von 4 Millionen Menschen) nicht gänzlich übersehen werden. Schließlich und vor allem: Seit Ende September 1949 war klar, daß die UdSSR über die Atomwaffe verfügte. Meldung von TASS vom 25. September 1949: „Die Sowjetunion beherrschte das Geheimnis der Atomwaffe bereits 1947. Was die Besorgnis angeht, die gewisse ausländische Kreise aus diesem Anlaß verbreiten, so bestehen dafür keine Gründe. Obwohl die Sowjetregierung die Atomwaffe hat, bezieht sie nach wie vor ihre Position des bedingungslosen Verbots des Atomwaffeneinsatzes.“

Wie sich diese Tatsache einem Pazifisten wie Martin Niemöller darbot, ist von diesem so beschrieben worden: „1949 kam... eine erleichternde Atempause, weil mit der russischen Atombombe die militärische Allmacht der USA erledigt war. Ich erinnere mich deutlich, wie ich damals gerade beim Abflug aus Australien die Nachricht von einem Reporter erhielt und ihm antwortete: „Nun wird es so ganz leicht keinen wirklichen Krieg zwischen Ost und West geben!““

In der Tat: 1950 mußte, wie aus den Darlegungen der sowjetischen Publizisten hervorgeht, der Plan des Aggressionskrieges gegen die UdSSR zurückgezogen werden. Es wurde jetzt festgelegt, die NATO und andere Militärblöcke auszubauen, um neuerlich auf solche Pläne und deren Verwirklichung zurückzukommen. 1950 sah man hierfür den 1. Januar 1957 vor.

3. Waren die amerikanischen Pläne bis 1949/50 primär militärisch-technologisch orientiert, so kam um diese Zeit ein neues Moment hinzu, das in der Folge eine dominierende Rolle in der Ergänzung der politisch-militärischen Planung

spielen sollte. In dem Kriegsplan der Vereinigten Stabschefs „Dropshot“ heißt es: „Psychologischer Krieg ist eine unheimlich wichtige Waffe bei der Förderung der Dissidenz und des Verrats unter dem Sowjetvolk; er wird seine Moral untergraben, Verwirrung stiften und das Land desorganisieren... Großangelegter psychologischer Krieg ist eine Hauptaufgabe der USA. Sein wichtigstes Ziel ist, zu erreichen, daß die Völker der UdSSR und deren Satelliten das heutige Machtssystem nicht mehr unterstützen...“

Weiter wurde ausgeführt: „Analyse. Die Einleitung bzw. Verstärkung des psychologischen, wirtschaftlichen und Untergrundkrieges gegen die freundschaftlichen wie auch die feindlichen Gruppen oder Länder wird die Aussichten auf einen raschen und erfolgreichen Kriegsausgang in hohem Maße vergrößern, denn das wird den Kampfwillen des Gegners brechen helfen, die Moral der befreundeten Länder unterstützen und die Einstellung der neutralen Länder zu den Alliierten beeinflussen. Diese Art Krieg kann gegen die UdSSR und die ihr freundschaftlich gesinnten Länder auch in Friedenszeiten angewandt, muß jedoch nach Beginn der Kampfhandlungen stark intensiviert werden, wobei die psychologische Einwirkung des strategischen Luftangriffs maximal zu nutzen ist... Aufgabe. Den psychologischen, wirtschaftlichen und Untergrundkrieg in die militärischen Operationspläne zu integrieren.“

Damit wurde der psychologische Krieg tatsächlich zum Krieg vor dem Krieg und zugleich zum Instrument der Herbeiführung der Weltherrschaft des US-Imperialismus.

Im Lichte dieser Betrachtungen ist wohl deutlich geworden, daß ich mit historischem Recht an die Konstellation von 1952/53 erinnert habe — deshalb nämlich, weil sich in ihr alle die Probleme bündeln, die sich für den Imperialismus in der Verfolgung seiner Kriegspläne in dem Augenblick ergaben, da er nicht länger über das Atomwaffenmonopol verfügte, also nicht mehr uneingeschränkt den Weltgendarmen spielen konnte und mit einem veränderten Kräfteverhältnis rechnen mußte. Zugleich erhält diese Konstellation von 1952/53 einen gewissen Modellcharakter für die Konstellation der politisch-militärischen und der politisch-„moralischen“, der ideologischen Aspekte der Politik des amerikanischen Imperialismus seit Ende der siebziger, besonders seit Anfang der achtziger Jahre.

In der zweiten Hälfte der sechziger und in den siebziger Jahren waren Begriff und Schlagwort vom „Kreuzzug“ in der Publizistik weitgehend zurückgetreten. Nicht, daß sich in jener Zeit die Natur des Imperialismus verändert gehabt

hätte, aber in seinen ideologischen Verhüllungen traten andere Züge hauptsächlich und an der Oberfläche in Erscheinung. Herman Kahn, der in den sechziger Jahren führende „Futurologe“ des Imperialismus, der ja weniger wissenschaftliche Analysen betrieb, als die ihm übermittelten Vorgaben der imperialistischen Machtzentren wissenschaftlich drapierte, gab 1969 diese „Vorausschau“ auf die siebziger Jahre und auf „Die Welt 1980“ („Die Zeit“ vom 3. Oktober 1969): „Verglichen mit manchen Epochen der Vergangenheit scheint auch ideologisch oder religiös motivierte Gewaltanwendung abzunehmen; trotz der verstärkten Betonung einer neuen ‚Suche nach Sinn und Zweck‘ wird diese Tendenz wohl auch in den siebziger Jahren anhalten.“

Für Kahn bedeutete dieser Trend zur Zurücknahme ideologisch-religiöser Modelle, eben gerade auch des Kreuzzugs-Gedankens, nicht die Zurücknahme imperialer Konzepte; denn vor dieser Feststellung stand die andere, daß „moderne Technologie und andere Entwicklungen die historisch-strategische Bedeutung vieler geographischer Räume noch stärker verringern oder aufheben“ werden.

In Klammern fügte er eine Bemerkung hinzu, die es verdient, als Kennzeichen tatsächlicher Verklammerung der politischen und militärischen Interessen, der strategischen Grundlinien und der taktischen Kalküls des Imperialismus für 1980 herausgestellt zu werden — eben als Bestätigung einer auf Vorgaben aufbauenden Vorausschau. In dieser Klammer stand nämlich, daß es „für die USA schon heute keine ‚life lines‘ mehr gibt, wie es etwa der Suezkanal einmal für Großbritannien war“ — daß also der amerikanische Imperialismus heute nicht mehr nur wie der englische vor 80 Jahren „life lines“ an verschiedenen Punkten in der Welt hat, für ihn ist die ganze Welt life line, Kampfplatz für das, was unter Carter, vor allem aber seit Reagan die „Lebensinteressen“ der USA genannt wird. (In seiner Rede vor dem Bonner Bundestag hat Reagan — laut „Frankfurter Allgemeine“ vom 11. Juni 1982 — dieser Konzeption Ausdruck verliehen, wenn er sagte: „Die Küsten Europas sind unsere Küsten. Die Grenzen Europas sind unsere Grenzen.“)

Der strategische „Bogen“ mit über tausend Stützpunkten, der in der ganzen Welt um die UdSSR und ihre Verbündeten geschlagen worden ist, ist Ausdruck dieses Strebens nach globaler Hegemonie und danach, die Rolle des „Weltgendarmen“ zu spielen. Dieser Begriff taucht denn auch, „vorausschauend“, bei Kahn auf: „Die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen werden wiederholt nicht nur die Rolle des Polizisten und Beschützers (sic!) spielen, sondern bereit

sein, den letztlich Erfolg von Aggressionshandlungen zu begrenzen...“

Hierbei hatte der „Futurologe“ nur „übersehen“, daß das, was er wie selbstverständlich und legitim den USA zuspricht, allein den Vereinten Nationen zustehen könnte; er hatte weiter übersehen, daß in den letzten 15 Jahren die Mehrheitsverhältnisse in der UNO sich tendenziell weiter veränderten, und er verwendete den Begriff Aggression für etwas, was ganz anders zu definieren war (etwa als nationale Befreiung), aber nicht für das, was Aggression wirklich ist: der Einsatz des gesamten Bedrohungs- und Konfrontationspotentials des Imperialismus.

Die Brauchbarkeit der „futurologischen“ Expektorationen des Herman Kahn für die Machtzentren des Imperialismus wird an der Stelle sichtbar, wo recht eigentlich das Interesse an einer Vorausschau bestehen würde: ob es denn zu einem Krieg kommt oder ob friedliche Zustände erreicht und stabilisiert werden. Diese Hauptproblematik bietet sich bei Kahn so dar – und da braucht man ja nun wahrlich nicht „Futurologe“ zu sein, um solche Art „Vorausschau“ zu betreiben: „Bevor wir noch verschiedene andere Möglichkeiten für die Welt von 1980 erörtern...“, möchte ich noch auf einige Faktoren eingehen, die unsere ‚überraschungsfreie Projektion‘ ändern oder völlig über den Haufen werfen könnten. Zum Beispiel könnte jeder der folgenden Faktoren eine erhebliche Abweichung bewirken: Großer und kleiner Atomkrieg. Zunehmende Verbreitung von Atomwaffen oder eine andere grundlegende Störung des strategischen Gleichgewichts... Wiederaufleben eines erbitterten kalten Krieges... Anhaltende Wirtschaftskrise.“

In anderen Worten heißt das doch: Die bürgerliche „Futurologie“ kann alle möglichen politischen, sozialen, psychologischen, kulturellen, ideologischen, technologischen Trends beschreiben, aber auf die zentralen politisch-militärischen Fragen kann sie keine Antworten geben, einmal deshalb nicht, weil sie die grundlegenden historischen Gesetzmäßigkeiten ignoriert, und zum anderen nicht, weil sie die der Natur des Imperialismus eigenen Wesensmerkmale, aber auch die subjektiven, sich zumeist in Abenteuerlichkeit äußernden Faktoren in der Haltung von führenden Exponenten des Imperialismus ignorieren muß.

Das aber genau sind die „essentials“, um die es letztlich geht, nicht um diesen und jenen „Trend“ – und da hatte Kahn sogar einige beschrieben, die uns sympathisch sein könnten, etwa: „Anhaltende und wahrscheinlich verstärkte Opposition (sowohl im Inneren wie von außen) gegen die

Regierung der Vereinigten Staaten, was zum Teil eine unausbleibliche Konsequenz des Supermachtstatus der USA und der starken Nachkriegsabhängigkeit anderer Staaten von den USA ist.“

Diese futurologischen Erwägungen Kahns, die auf dem Buchmarkt und in der Publizistik in der BRD vor 15 Jahren Hochkonjunktur hatten, machen in der Rückschau deutlich, was es eigentlich bedeutet hatte, dem Imperialismus in den siebziger Jahren auf der Grundlage der Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrags – auch in Einklang mit den Nichtpaktgebundenen – die Achtung einiger Grundsätze der Entspannung abzurufen, und zwar bedeutete es deshalb viel, weil sich ja in dieser Zeit die Natur des Imperialismus nicht etwa verändert hatte. Die sublimere Sprache der Ideologen des Imperialismus (sozusagen „Konvergenz“ statt „Kreuzzug“, „Brücke“ statt Konfrontation) konnte ihre eigentliche rüde Artikulation nicht voll übertönen. So ist es denn kein Zufall, daß am Ende der siebziger und am Anfang der achtziger Jahre das, was Kahn als „Wiederaufleben eines erbitterten kalten Krieges“ bezeichnet hatte, völlig undramatisch, ohne Paukenschlag, gleichsam wie selbstverständlich (Rüstungs-Langzeit-Programm der NATO!) Realität wurde.

Als ich während der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK in Dresden im August 1981 Dr. Dwain C. Epps, Exekutivsekretär des ÖRK-Verbindungsbüros beim UNO-Hauptquartier, nach seiner Meinung über die neuen spezifischen Momente in der Politik der Administration Reagan befragte, gab dieser eine damals vielleicht überraschende Antwort (heute ist sie es selbst dann nicht mehr, wenn sich inzwischen Carter, Mondale und einige ihrer Minister von besonders abenteuerlichen Elementen in der Politik von Präsident Reagan distanziert haben). Epps sagte:

„Zuerst muß man wohl darauf hinweisen, daß die Differenz zwischen der Carter-Administration und der Reagan-Administration qualitativ so groß nicht ist. Das heißt, es gibt eine gewisse historische Entwicklung, und der Unterschied zwischen der Carter-Administration, zumal in ihrer letzten Zeit, und der Reagan-Administration ist für mich eigentlich nur ein quantitativer. Wir haben in diesem Augenblick eine Art ideologischer Auseinandersetzung über die Rüstungsfragen, die aber in dieselbe Richtung zielt wie die bekannte Entscheidung Carters (über den ‚begrenzten‘ Nuklearkrieg) in der Direktive 59: Es war irgendwann zwischen 1979 und 1980, daß es eine Umschaltung in der Außenpolitik hinsichtlich der Abrüstungsverhandlungen gab, beruhend auf dem

sog. Team-B-Bericht; d. h. zwei Teams von Leuten im Sicherheitsbereich waren beauftragt, ihre Erkenntnisse über die Rüstung in der UdSSR zu vermitteln; der des Teams A kam in etwa zum Ergebnis der Gleichheit, während das Team B, statt der Rubel-Basis für ihre Berechnung die Dollar-Basis zugrunde legend, zum Ergebnis einer Überlegenheit der UdSSR kam. Wenn man heute von einem zweiten kalten Krieg sprechen will, dann muß man dessen Anfänge daher schon 1979 ansetzen. Wenn ich also festhalte, daß die Reagan-Anhänger, die damals schon auf dieser Linie lagen und sie als ‚natürliche‘ Entwicklung der US-Außenpolitik ansahen, nichts Neues machen, so geben sie, und das ist nun allerdings das Entscheidende, dieser Entwicklung eine weitere Verschärfung“ (STANDPUNKT 1981, S. 295).

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt Victor Perlo, der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und Publizist, Vorsitzender der Wirtschaftskommission der KP der USA. In einer längeren Studie, die im Januar-Heft 1983 von „Political Affairs“, der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei der USA, veröffentlicht und in Auszügen in horizont 14/1983 nachgedruckt wurde, macht Perlo einerseits auf die Verflechtung der führenden Männer der Reagan-Administration mit dem Militär-Industrie-Komplex aufmerksam. Danach kommt Shultz (übrigens wie Weinberger und der Nahost-„Sonderbotschafter“ Habib) vom Bechtel-Konzern, und gleichzeitig war er Direktor bei J. P. Morgan and Co., woraus die Verflechtung des rüstungsgierigen neuen kalifornischen Kapitals mit dem klassischen der Wallstreet hervorgeht.

Andererseits verweist Perlo auf den „triumphalen Aufstieg jener extrem rechten politischen Ideologen des Big Business zur Macht, die sich im Komitee zur gegenwärtigen Gefahr (CPD) zusammengeschlossen haben“. Dieses Komitee war in den siebziger Jahren von Paul Nitze und Eugene Rostow gegründet worden, und es gehören ihm „neben dem Präsidenten, Vizepräsidenten und Außenminister die Chefs des CIA und des ACDA (Amt für Rüstungskontrolle und Abrüstung), der Vertreter bei der UNO und die meisten anderen Beamten in außenpolitischen Schlüsselpositionen“ an. In den siebziger Jahren ging es dem CPD darum, gegen die Entspannung zu wirken, Ende der siebziger Jahre zielten seine Bemühungen darauf, den SALT-Prozess abubrechen.

Wörtlich fügt Perlo hinzu, und da kommt auch das zur Sprache, was Epps angemerkt hatte: „Ein äußerst wichtiger Coup erfolgte 1976, als George Bush, neuernannter Direktor

der CIA, sein ‚Team B‘ in die Agentur brachte, um die Schätzungen über die militärische Stärke der Sowjetunion zu verändern, die vom Team A der CIA, Geheimdienstspezialisten, die ihren Antisowjetismus durch ein gewisses Maß an Objektivität dämpften, vorgenommen worden waren. Team B war Richard Pipes unterstellt, einem Emigranten aus dem von Hitler okkupierten Polen und fanatischen Vertreter des Antisowjetismus. Er war damals Direktor des Zentrums für Rußlandforschung an der Harvard-Universität ... Team B bereitete den Boden für die Propagierung der ‚Lücken‘ und des ‚Fensters der Verwundbarkeit‘, die als Rechtfertigung für das Ziel der Regierungen unter Carter und Reagan benutzt wurden, eine Kernwaffenüberlegenheit für den Erstschlag zu erlangen. Team B schlug den Realismus in den Wind und verdoppelte die ursprüngliche (bereits aufgebaute) offizielle Schätzung der CIA in bezug auf die sowjetischen Militärausgaben. Die falschen Zahlen von Team B bleiben Grundlage für die offiziellen Schätzungen der USA über militärische Stärke und Rüstungsausgaben der Sowjetunion. Sie werden breit publiziert, um das erhöhte Militärbudget der USA und einseitige Rüstungskontrollforderungen zu rechtfertigen. Weinberger und Reagan vergrößern das ‚Fenster‘ in bange machenden Reden mit einer so eklatant unausgewogenen Darstellung von Statistiken, daß sogar große Zeitungen des Establishments Reagan einen Lügner nennen – in einigen Fällen direkt, in anderen diplomatischer. Die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler und Militärspezialisten mit Kenntnissen über Waffentechnologie und Rüstungskontrollverhandlungen wie auch Persönlichkeiten, die sich nach Kriterien des gesunden Menschenverstandes richten, lehnen die Linie, die Team B sowie Pentagon und Reagan verfolgen, kategorisch ab. Bezeichnend ist, daß der gegenwärtige CIA-Direktor William Casey, selbst Mitglied des CPD, in einem Gespräch mit Brownstein und Easton (Autoren des Buches ‚Reagan's ruling class‘, G. W.) zugegeben hat, daß er persönlich die frisierten Angaben seiner Agentur über die strategische militärische Überlegenheit der Sowjetunion nicht glaubt“ (horizont 14/83).

Ein anderes politisch-ideologisches Zentrum der Ultras in den USA ist die Stiftung „Western Goals“ (Westliche Ziele), die 1979 mit dem Ziel gegründet wurde, Reagan und dessen Intentionen zum Sieg zu verhelfen. Georg Herde gibt in Heft 4/83 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ die Namen der wichtigsten Führungskräfte von „Western Goals“ an: „... die folgenden Angehörigen des US-Kongresses: John Milan Ashbrook (24. April 1982 verstorben), Philip

M. Crane (1980 republikanischer Präsidentschaftskandidat), Lawrence Patton McDonald (WG-Präsident), Bob Stump; und die US-Senatoren: Jesse Helms und Strom Thurmond. Dazu die US-Generäle: Raymond G. Davis, George S. Patton (der auch an Hochschulen lehrt), John Singlaub und Lewis W. Walt; ... der Bankier Sherman Unkefer, der Industrielle Roger Milliken (er gilt als großer Unternehmer der Textilbranche in den USA), Prof. Edward Teller, Prof. Dr. Anthony Kubek (Troy State University), Prof. Eugen Loebel (1969 aus der CSSR in die USA emigriert), Carol H. Sitko (stellvertretender Vorsitzender des ‚Deutsch-Amerikanischen Nationalkongresses‘ [DANK] – einer Vereinigung mit nationalistischen und revanchistischen Tendenzen). Ergänzt sei hier, daß Sherman Unkefer der berüchtigten ‚John Birch Society‘ angehört.“

Diese Stiftung hat besonders enge Beziehungen zu reaktionären Kräften in der BRD, insbesondere zu Strauß und zu anderen CSU-Politikern sowie zu den Führungen der revanchistischen Organisationen. Auch der als psychologischer Krieger bekannte ehemalige Bundeswehrgeneral Karst gehört zu den WG-Gewährsleuten. Zielscheibe der Angriffe der Stiftung waren in letzter Zeit besonders Kennedy und Kennan sowie Wehner und Bahr.

Hierzu müssen zwei ergänzende Anmerkungen gemacht werden. Die erste: Es ist sehr aufschlußreich, daß nicht selten CIA-Vertreter oder andere einflußreiche Vertreter des US-Establishments zu Feststellungen gezwungen werden, die letztlich die Bedrohungslüge außer Kraft setzen und die bestätigen, was immer wieder (man denke noch einmal an das Niemöller-Zitat oder erinnere sich an das TASS-Interview des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow aus dem Jahre 1982 – vgl. Neues Deutschland vom 8. Dezember 1982) über die Wirklichkeit zur Geltung gebracht worden ist. Um hier nur zwei Beispiele anzuführen:

1. Zbigniew Brzezinski, Theoretiker des „Brückenschlags“ und späterer Sicherheitsbeauftragter, schrieb 1972 („Die Zeit“ vom 1. Dezember 1972), daß 1968 „die strategische Überlegenheit der Vereinigten Staaten andauerte, besonders im Bereich der strategischen Bombenflugzeuge (über 600 amerikanische gegen weniger als 200 sowjetische) und der Raketen, die von Unterseebooten in jedes Zielland abgeschossen werden konnten (656 amerikanische gegen 45 sowjetische) ...“ Brzezinski sprach damals sogar von „der global aggressiven Haltung Amerikas“.

2. Was für die Zeit von vor 15 Jahren galt, nämlich die Manipulierung der „Bedrohungslüge“, gilt erst recht heute

(und heute geht es, um nur auf einen Punkt von Brzezinski zurückzuverweisen, in der Auseinandersetzung um die Zählung der Mittelstreckenraketen ja gerade auch um die der U-Boote, die Reagan von den Verhandlungen in Genf ausgeschlossen haben will). Ein Zeugnis von amerikanischer Seite aus unseren Tagen ist in einem Kommentar der „New York Times“ enthalten, dessen Verfasser Prof. Dr. Franklin D. Holtzmann, Mitglied des Forschungszentrum für Fragen der Sowjetunion an der Harvard-Universität, ist.

Dort heißt es u. a. (zitiert nach horizont 14/1983): „So wie die angebliche Bomberlücke der fünfziger Jahre und die Raketenlücke der sechziger Jahre erweist sich die Lücke zwischen den amerikanischen und den russischen Rüstungsausgaben mehr als Fiktion denn als Fakt ... Hier folgen drei Gründe, weshalb das Ausmaß dieser Lücke als ernstlich übertrieben anzusehen ist, was zu groben Fehldarstellungen des wirklichen Stands im Wettrüsten führt. Erstens ergibt sich die Lücke größtenteils daraus, daß Washington beim Vergleich der Rüstungsausgaben der Sowjetunion und der USA die Ausgaben Moskaus in Dollarpreisen bewertet ... Zweitens: Der Hauptgrund dafür, daß Amerikas Rüstungsausgaben vor 1972 höher lagen als die der Sowjetunion, bestand darin, daß sehr viele Ausgaben nicht auf die Sowjetunion bezogen waren, sondern auf Vietnam. Das Pentagon zieht diese Ausgaben bei seinen amerikanisch-sowjetischen Vergleichen vom Gesamt der USA ab. Drittens: Wenn die CIA die amerikanischen und sowjetischen Rüstungsausgaben vergleicht, vernachlässigt sie dabei die Tatsache, daß die NATO-Alliierten im Verhältnis von mehr als 5:1 größere Ausgaben tätigen als die osteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion! Dieser Unterschied erweist sich als so bedeutend, daß sich die Lücke, die sich dem Pentagon zufolge auf 420 Mrd. Dollar zugunsten Moskaus beläuft, insgesamt in eine Ost-West-Lücke von etwa 300 Mrd. Dollar zugunsten des Westens verwandelt; und das ungeachtet der Tatsache, daß die Berechnung in Dollar die östlichen Verteidigungsausgaben überhöht darstellt. Wird diese Verzerrung durch die Dollar-Rechnung korrigiert und werden auf China bezogene sowjetische Maßnahmen ausgeklammert, vergrößert sich der Vorsprung des Westens bei den Ausgaben im vergangenen Jahrzehnt auf mindestens 600 Mrd. Dollar ...“

Zum zweiten Grund gibt es übrigens wiederum bei Brzezinski einen hervorragenden Beleg: 1968 „erreichte und überholte Moskau sogar den amerikanischen Militäretat, allerdings (von mir hervorgehoben, G. W.) ohne Einbeziehung der Ausgaben für den Vietnam-Krieg“.

Die zweite Anmerkung: In dem Artikel von Victor Perlo tauchen immer wieder Namen von Ideologen auf, die als Berater der amerikanischen Regierung eine einflußreiche Rolle spielen und in den Studien selbst mit offenen, ja brutalen Aussagen hervortreten, ohne daß sie je bei uns so bekannt wurden wie die Spitzenvertreter der Administration. Man sollte sich diese Namen aber gut merken, z. B. den von Richard Pipes. Dieser Mann von Team B und bis vor kurzem Ostexperte im Nationalen Sicherheitsrat ist auch sonst sehr eindeutig hervorgetreten. So sagte er (zitiert nach: Die Weltbühne 15/1982) Anfang 1982: „Es gibt keine Entspannung ... Die sowjetische Führung wird sich entscheiden müssen zwischen einer friedlichen Änderung ihres Systems nach westlicher Art oder dem Krieg.“

So ist es nur folgerichtig, wenn — nach Mitteilungen eines BRD-Nachrichtenmagazins — Richard Pipes als Verfasser der Geheimdirektive Nr. 75 der Reagan-Administration genannt wird, in der eine neue Basis für den Propaganda-Kreuzzug gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten festgelegt worden ist. Die aufgrund dieser Direktive gebildete Propagandazentrale erhielt einen vorläufigen Etat von 85 Millionen Dollar, und es geht ihr um die Forcierung von Wirtschaftsrestriktionen ebenso wie um Verschärfung der Rundfunkpropaganda, um die Schürung von Nationalismus und Dissidentismus wie um die Bekämpfung der Friedenskräfte (frontal at home, unterwandernd in den sozialistischen Staaten). Wenn selbst ein Organ des psychologischen Kriegs wie dieses bundesdeutsche Nachrichtenmagazin feststellen muß: „Mit einem ideologischen Krieg möchte sich Reagan ins Sowjet-Innere einmischen — ein Kreuzzug wie vor über 30 Jahren“, so ist das vielsagend genug, und 5,5 Millionen Dollar sind allein für die Bekämpfung der marxistischen Philosophie (!) vorgesehen.

Das Signal zum ideologischen Kreuzzug, zum Paroxysmus des ohnehin schon gefährlichen psychologischen Krieges, hatte Ronald Reagan im Frühsommer 1982 bei seinem Europa-Besuch gegeben, als er im Londoner Unterhaus postulierte, den Sozialismus auf den „Aschenhaufen der Geschichte zu werfen“. Diese große Falschmünzerei soll nun unter der Koordination des neuen Propagandazentrums in viele kleine (Falsch-)Münzen transformiert werden. Wie das zu machen wäre, führte im Herbst 1982 eine vom State Department organisierte Konferenz vor, zu deren Teilnehmern unter anderen Melvin J. Lasky und Jiří Pelikán gehörten, der eine bekannt als Initiator des „Kongresses für kulturelle Freiheit“, der in den fünfziger Jahren im Auftrag der CIA

eines der aktivsten intellektuellen Zentren des kalten Krieges organisierte und mit Hilfe einiger Zeitschriften, darunter des deutschsprachigen „Monat“ und des englischsprachigen „Encounter“, um die Desorientierung zumal von Wissenschaftlern und Kulturschaffenden bemüht war, der andere (ehemaliger tschechischer Publizist) als entschiedener Antikommunist. Ein anderer, ebenso geschworener Sowjetfeind, Bukowski, sagte auf dieser Konferenz: „Wir leben in einer Ära des ideologischen Krieges. Kein Krieg kann allein durch Mittel der Verteidigung gewonnen werden.“

Ein ideologischer Kreuzzug (wir erinnern uns an die Ausgangspositionen dieser Überlegungen) wäre kein wirklicher Kreuzzug, wenn er nicht den Mißbrauch des Christentums einschloße. In der Tat sehen wir uns seit einigen Jahren wieder einer Forcierung solchen Mißbrauchs des Christentums durch den Imperialismus gegenüber. Gewiß, derartigen Mißbrauch hat es, solange es imperialistische Politik gibt, immer gegeben, aber in unterschiedlichem Maße. Eines war und ist allerdings klar: Immer dann, wenn global oder regional die imperialistischen Hauptmächte den Kurs der Konfrontation verfolgten, stand auch, verstärkt, der Mißbrauch des Christentums auf der Tagesordnung.

Führen wir hier ein bezeichnendes „regionales“ Beispiel an, das zusätzlich deshalb Interesse verdient, weil es sich auf einen Politiker bezieht, dem wir nicht nur negative Züge abgewonnen haben. Die norwegische Schauspielerin Ane Hoel, die lange in Managua gelebt hat, berichtet (Die Weltbühne 10/1983), daß nach einem Aufsatz des Nobelpreisträgers Gabriel Garcia Marquez über das die CIA entlarvende Buch zweier amerikanischer Publizisten (Warren Hinkle und William Turner) John F. Kennedy 1960, noch als Senator, den James-Bond-Autor Ian Fleming eingeladen und diesen gefragt habe, was Bond tun würde, falls er den Auftrag bekäme, Fidel Castro umzubringen. Als eine Art des möglichen Vorgehens von Bond habe Fleming dies beschrieben: „... man könne es so arrangieren, daß ein ‚strahlendes Kreuz‘ an Kubas Himmel erscheint — und Prophezeiungen sollten warnen, daß Christus auf dem Weg zurück zur Erde sei, um den Kommunismus auszulöschen.“

Heute — und das heißt seit einigen Jahren, mindestens aber seit dem Amtsantritt von Reagan — haben wir es mit globalen Dimensionen des Mißbrauchs des Christentums im Rahmen des immer erbitterter geführten kalten Krieges des Imperialismus zu tun, und was die Geheimdirektive Nr. 75 für den kalten Krieg insgesamt ist, das ist die Tätigkeit des 1981 von dem methodistischen Evangelisten Edmund

Robb gegründeten „Instituts für Religion und Demokratie“ (IRD) für alle Fragen des Mißbrauchs des Christentums. Nach einem Bericht des „National Catholic Reporter“ vom 4. Februar 1983 (vgl. Carl Ordnung in der Neuen Zeit vom 19. März 1983) stammen 90 Prozent der Gelder dieses Instituts von solchen amerikanischen Gruppierungen und Stiftungen, die für die „militärische Stärkung“ der USA und für den Antikommunismus eintreten, einschließlich der CIA. (Übrigens darf mit dem Hinweis auf dieses Institut nicht ignoriert werden, daß schon bisher auf diesem Gebiet tätige Einrichtungen ebenso weiter tätig sind, z. B. das periodische Machwerk des tschechischen Emigranten Hruby, „Religion in Communist Dominated Areas“, wie ja auch die Geheimdirektive Nr. 75 nicht etwa das aufhebt, was seit Jahrzehnten von „Radio Free Europa“ und ähnlichen Propagandazentralen „geleistet“ wird.)

Soweit es bisher beurteilt werden kann, gibt es insonderheit drei Stoßrichtungen in der Tätigkeit des von einem Mr. K e m b l e geleiteten Instituts.

1. Die Intensivierung der antikommunistischen Propaganda und die Verbreitung antikommunistischer Ideologien. Kemble formulierte dies so: „Kommunismus ist die zentrale Frage des 20. Jahrhunderts. Wer das nicht begreift, kann keine verlässliche Rolle im demokratischen Leben unseres Landes spielen.“ Es ist offensichtlich, daß eine solche Stoßrichtung einen gleichsam innenpolitischen, aber auch einen nach außen wirkenden, grenzüberschreitenden Charakter hat.

2. Die Verleumdung der ökumenischen Bewegung und der ökumenischen Beziehungen der amerikanischen Kirchen. So ließ das Institut im August 1982 in der viel gelesenen und weit verbreiteten Zeitschrift „Reader's Digest“ den ÖRK als „kommunistisch“ bezeichnen, und im Januar 1983 wurde in eben dieser Zeitschrift der National Council of Churches der USA angegriffen. Beide wurden beschuldigt, „prosojetische, totalitäre, marxistisch-leninistische Bewegungen in Lateinamerika, Asien und Afrika zu unterstützen“. Im Januar 1983 wurde überdies von der Fernsehgesellschaft CBS in einer gut eingeführten „Sixty-minutes“-Sendung ein weiterer Angriff auf den ÖRK gestartet.

Es ist anzunehmen, daß die im Sommer 1982 von dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn verbreitete „Dokumentation“ aus den Quellen stammt, die das amerikanische Institut aufbereitet hat – zusätzlich zu dem, was der CSU-Abgeordnete vom Bundesnachrichtendienst an Informationen erhielt (vgl. „evangelische information“ des epd vom 9. Juni 1982). In diesem Pamphlet wurden der Welt-

kirchenrat als „Weltkirchensowjet“ und Generalsekretär Dr. Potter als „aus den Antillen stammender Marxist schwarzer Hautfarbe“ bezeichnet. Potter wurde unterstellt, er sei bereit, Chaos und Anarchie zu akzeptieren, „falls dies zu den von ihm für richtig erachteten politischen Änderungen führen würde“. Man beachte übrigens das Zusammenfallen von antikommunistischer und rassistischer Haltung in der Bewertung des ÖRK-Generalsekretärs.

3. Die Unterwanderung der Kirchen in der Dritten Welt, zumal Lateinamerikas und der Karibik, bzw. die Eindämmung fortschrittlicher Strömungen in ihnen. In der „Jungen Kirche“ 12/1982 wurde ein Aufsatz „CIA und Religion“ von Patricia Hynds abgedruckt. Dort wurde nachgewiesen, daß das IRD, auf langjährigen, mindestens seit Ende der sechziger Jahre nachweisbaren Erfahrungen des Mißbrauchs des Christentums durch die CIA in Lateinamerika und in der Karibik aufbauend, die Sandinisten als „Unterdrücker der Religionsfreiheit“ hinzustellen sucht. Es liegt nahe, daß das Institut sich in seinen Aktionen auf Nikaragua konzentriert, weil „Nikaraguas Revolution die erste ist, bei der sich eine Großzahl aktiver Christen am Kampf beteiligt hatte. Die katholische Kirche hat erstmals in der Geschichte die Gelegenheit, aktiv am Revolutions- und Wiederaufbauprozeß teilzunehmen“ (P. Hynds). Kein Wunder, daß das Institut hier auch spektakuläre Pläne realisierte, etwa in Gestalt einer Einladung an Erzbischof O b a n d a y B r a v o und der Verleihung einer speziellen Auszeichnung an ihn.

Nicht zu übersehen ist, daß gerade mit dem Blick auf die Dritte Welt zusätzlich an die Tätigkeit evangelikaler Kreise zu erinnern ist. So meldete die „evangelische information“ des epd vom 3. Februar 1983: „Ein Missionsschiff mit Bibeln im Werte von rund 500 000 Dollar und Hilfsgütern im Wert von einer Million Dollar hat die in Whittier (US-Bundesstaat Californien) ansässige evangelikale Organisation ‚International Lovelift‘ auf den Weg nach Guatemala geschickt. Wie die Gesellschaft weiter mitteilte, sei sie um diese Hilfe von Guatemalas Präsident, General Efrain Rios Montt, gebeten worden. Rios Montt, der durch einen Putsch im März 1982 die Macht in Guatemala übernahm, gehört der nordamerikanischen Sekte ‚Kirche des Wortes‘ an. Die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty international wirft Rios Montt schwere Menschenrechtsverletzungen und die Ermordung von Tausenden von Menschen im Zuge einer ‚Politik der verbrannten Erde‘ vor.“

All das, was im Sinne der Geheimen Direktive Nr. 75 und vom Institut für Religion und Demokratie, was von „Radio

Free Europe“ und „Radio Liberty“ und ihren Millionenetats, was von der CIA und anderen Organisationen für subversive Propaganda in Gang gesetzt wird, schafft letztlich das Umfeld, in dem die Grundlinien der Politik des Imperialismus, gerade auch in militärischer Hinsicht, nach innen und außen durchgesetzt werden sollen. Freilich, ohne die Schaffung eines solchen Umfelds würde es dem US-Imperialismus schwerer fallen, seine Politik der Konfrontation zu betreiben, und es ist, um dies noch einmal zu unterstreichen, gerade der Mißbrauch des Christentums, der hierbei eine bedeutende Rolle spielt.

So hat Reagan das Jahr 1983, das er zum Raketenjahr machen will, am 3. Februar 1983 anlässlich des „National Prayer Breakfast“ zum „Jahr der Bibel“ erklärt (und wenn kurze Zeit zuvor Reagan seinen Vizepräsidenten und früheren CIA-Chef Bush zu den westeuropäischen Verbündeten der USA mit einem Brief gesandt hatte, der den für ein diplomatisches Dokument ungewöhnlichen Titel „Brief an die Europäer“ trug, so fühlte sich Reagan offensichtlich in der Rolle eines neuen Paulus). Am 31. Januar 1983 hatte Reagan auf einer Veranstaltung der „Vereinigung der religiösen Sender“ der USA erklärt, daß deren (pseudoreligiöse) Sendungen „in Richtung Ostblock“ wesentlich verstärkt worden seien und noch mehr verstärkt werden sollten. Reagans Marineminister Lehman und Senator John Tower (Texas) wählten Anfang 1982 für ein atomar betriebenes und ausgerüstetes U-Boot den Namen „USS Corpus Christi“. Nachdem es so getauft worden war, erhob sich eine Welle des Protestes in allen Denominationen.

Unter diesen Umständen wundert es nicht, wenn westeuropäische Verbündete der imperialistischen Hauptmacht ihrerseits Aktionen des psychologischen Krieges in Gang setzten. So läßt die bundesdeutsche Propaganda keine Möglichkeit aus, die DDR zu verleumden – und wenn es Dinge sind, die an den Haaren herbeigezogen werden (man denke nur an die Behauptung, das von internationalen Konzernen manipulierte Verschwinden der Seveso-Giftfässer sei mit der DDR in Verbindung zu bringen).

Natürlich ist – wie bereits am Beispiel der ideologischen Kreuzzugspläne der USA nachgewiesen – auch in der BRD der Mißbrauch des Christentums verschärft in die psychologische Kriegsführung einbezogen, und es war ja der amerikanische Außenminister Shultz selbst, der im Herbst 1982 auf jener eben erwähnten Konferenz im State Department das Stichwort gab: „In Ostdeutschland trägt die Jugend ein Emblem zur Schau, das einen Mann abbildet, der ein Schwert

zur Pflugschar umschmiedet... Es ist nur ein kleiner Schritt vom religiösen Engagement hin zu politischen Aktionen...“

Das charakteristischste Beispiel des Mißbrauchs des Christentums war ein im Februar 1983 in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichter angeblicher Offener Brief junger Christen aus Ostthüringen. Landesbischof Leich hat das Nötige hierzu gesagt (vgl. Glaube und Heimat vom 13. März 1983), und laut „evangelischer information“ des epd 9/1983 hat Heinrich Albertz „die Presseberichterstattung über den angeblichen Brief junger DDR-Christen aus Saalfeld“ als „skandalös“ bezeichnet. Selbst epd fügte hinzu: „In dem in einer großen überregionalen Zeitung der Bundesrepublik veröffentlichten Brief war die Thüringer Kirche wegen ihrer Zurückhaltung in Zusammenhang mit den Verhaftungen in der ‚Jenaer Friedensszene‘ kritisiert worden. Nach Angaben der Kirchenleitung ist ein solches Schreiben bei ihr jedoch weder eingegangen noch von den Jugendlichen in den Gemeinden von Saalfeld oder Rudolstadt geschrieben worden.“

Angesichts dieses immer hektischer geführten ideologischen Krieges gegen die sozialistischen Staaten, insbesondere die UdSSR, verdient mit Nachdruck Hervorhebung, was der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der UdSSR Andrej Gromyko auf einer Moskauer Pressekonferenz am 2. April 1983 auf die Frage: „In seinen jüngsten Reden hat Präsident Reagan die Sowjetunion als ‚Imperium des Bösen‘ und ‚Zentrum des Bösen‘ bezeichnet. Wie werten Sie diese Behauptungen?“ erklärte: „Wissen Sie, all diese lauten Worte, diese Beleidigungen, in denen sich die Politiker in Washington üben und zu üben belieben, vergrößern nicht die Möglichkeiten der Außenpolitik der USA, sondern sie zeigen lediglich, welche Stufe des Anstandes jetzt in Washington beim Umgang mit anderen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion erreicht wurde. So benimmt man sich nicht. Stellen Sie sich vor, daß verantwortliche Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion am Verhandlungstisch zusammenkommen und solche Formulierungen austauschen würden. Die einen werden den Nachweis zu erbringen suchen, daß die anderen das ‚Zentrum des Bösen‘ sind, und die anderen werden natürlich verständlicherweise das zurückweisen und bemüht sein, nichts schuldig zu bleiben. Was sollen das für Verhandlungen sein? Wenn jetzt einer daranginge, Tabellen des Bösen aufzustellen, so kann ich Ihnen versichern, daß eine solche Tabelle für die USA sehr lang sein würde. An uns wenden sich zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen jene, denen die Vereinig-

ten Staaten Schaden zufügen, deren Territorien – und das sind Dutzende von Ländern – die USA zu ihrer Interessenssphäre, wenn nicht gar zu ihrem Vorgarten oder Privatsee erklären. Uns rufen sie um Hilfe an! Wie denn? Sie wenden sich an das ‚Zentrum des Bösen‘? Nichts dergleichen. Hat ein ‚Zentrum des Bösen‘ in der UNO den Vorschlag unterbreitet, den Kolonialismus, das Kolonialsystem zu liquidieren? Es war ein sozialistischer Staat, der diesen Vorschlag gemacht hat. Es war die Sowjetunion! Dieses ‚Zentrum des Bösen‘ hat bereits 1946 vorgeschlagen, eine internationale Konvention zu unterzeichnen, die die Kernwaffen als mit dem Gewissen der Menschheit unvereinbar erklärt und derzufolge die Kernwaffen verboten und die Kernenergie für friedliche Zwecke, für das Wohl der Menschheit eingesetzt werden sollen. Das war das ‚Zentrum des Bösen‘? Nein, das war der sozialistische Sowjetstaat.“

Eine der Reden, auf die in Gromykos Pressekonferenz geantwortet wurde, hatte Reagan am 8. März 1983 in Orlando/Florida gehalten, und zwar vor der Nationalen evangelikalen Vereinigung. Die Zuhörer bedankten sich bei Reagan „mit einer stehenden Ovation, während ein Orchester ‚Forward christian soldiers‘ spielte“ (so nach Ansgar Skriver in den lutherischen Monatsheften, Hannover, 5/1983, der davor warnt, den kalten Krieg zu erneuern und ihn als „Heiligen Krieg“ zu führen).

An die Seite aller, die sich gegen Reagans Raketenpolitik und deren christliche Sanktionierung wenden, stellte sich Patriarch Pimen in einem in der „New York Times“ veröffentlichten Offenen Brief (Neues Deutschland vom 5. April 1983): „Der USA-Präsident habe sein Land als ‚Imperium des Bösen‘ hingestellt, ein Land, ‚das die ganzen Lasten des größten Kampfes gegen die faschistischen Horden auf sich genommen hat, ein Land, das niemals einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten geführt hat und das auch in Zukunft nicht die Absicht hat, das Schwert gegen sie zu erheben‘, erklärte Patriarch Pimen. ‚Wir unterstützen aus vollem Herzen die ehrlichen Anstrengungen des sowjetischen Staates, die auf die Verhinderung eines Nuklearkrieges sowie auf allgemeine und vollständige Abrüstung gerichtet sind.‘ Das sowjetische Volk ‚möchte in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern und Staaten leben‘. Der Patriarch fordert die USA-Regierung auf, dem Ruf nach Einfrieren der nuklearen Rüstungen Rechnung zu tragen und mit der Sowjetunion entsprechende Vereinbarungen zu treffen.“

Damit hatte Patriarch Pimen argumentativ und appellativ Überlegungen vorgetragen, die ihren Ausgangspunkt im Frie-

denswirken der Russischen Orthodoxen Kirche und in den Ergebnissen der Weltkonferenz der religiösen Friedenskräfte 1982 in Moskau haben und die gleichzeitig den Nerv der inneramerikanischen Auseinandersetzungen über die Raketenpolitik treffen. Im Grunde reflektiert dieser Vorgang eine gesetzmäßig auftretende Erscheinung, nämlich die, daß angesichts ideologischer Kreuzzüge und eines forcierten ideologischen Krieges die Friedensbewegung sich ausbreitet und ihr immer neue Kräfte zuwachsen. Diese Feststellung gilt in bezeichnender Weise gerade für unsere Zeit.

Gegenwärtig stehen wir dem Phänomen gegenüber, daß nicht mehr, wie seit den sechziger Jahren, allein ökumenische Gremien (insbesondere der Ökumenische Rat der Kirchen und die Konferenz Europäischer Kirchen) engagierte Stellungnahmen gegen die atomare Rüstung abgeben. Heute haben wir zu registrieren, daß Kirchen unterschiedlicher Konfession in den verschiedensten Ländern einzeln oder gemeinsam mit anderen Erklärungen, theologisch umfassend begründet, ethische Erwägungen und seelsorgerliches Handeln verbindend und politisch akzentuiert, herausgegeben haben, die darauf abzielen, in diesen Ländern in die politische und geistige Auseinandersetzung auf spezifische Weise einzugreifen.

Hierbei ist in erster Linie an die weitreichende öffentliche Diskussion über die drei Entwürfe des Hirtenbriefes der amerikanischen katholischen Bischofskonferenz, an die Diskussion in der Anglikanischen Kirche über „Die Kirche und die Bombe“, an die Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes in der BRD, aber auch daran zu denken, daß Anfang 1983 125 kirchliche Gruppierungen in den USA die Rüstungskonzerne zum Produktionsstopp aufgerufen und führende Vertreter des amerikanischen Protestantismus, so der lutherische Bischof Dr. Preus, die Administration Reagan aufgefordert haben, sie solle wie die Regierung der UdSSR den Verzicht auf den nuklearen Erstschlag aussprechen.

Nachdem der Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe endgültig angenommen worden war, stellten der Rat der Bischöfe der Vereinigten Methodisten-Kirche in den USA Anfang Mai 1983 und der 42 Millionen evangelische und orthodoxe Gläubige repräsentierende Nationalrat der Kirchen Christi in den USA Mitte Mai 1983 ihre Übereinstimmung mit dem Dokument der katholischen Bischöfe fest. Das dürfte (im Gegensatz zu der von Jerry Falwell beanspruchten) die wirkliche „moralische Mehrheit“ in den USA sein.

Weitere Erklärungen nationaler Bischofskonferenzen oder einzelner Kirchen sind u. a. aus den Niederlanden, Belgien,

Skandinavien, Österreich und Kanada, aus Ungarn und der ČSSR sowie aus den Philippinen bekannt. In Kanada beispielsweise forderten die katholische, die lutherische, die presbyterianische, die episkopale und die unierte Kirche die Regierung auf, keine Versuche mit Flügelraketen aus den USA in Kanada zuzulassen. In Schweden kam es – unter den Bedingungen einer Staatskirche bemerkenswert – im Herbst 1982 und im Frühjahr 1983 zu einer Unterschriftenaktion gegen die atomare Bedrohung, der sich über eine Million Gläubige anschlossen.

Um die politischen Dimensionen dieser Entscheidungen ganzer Kirchen herauszuarbeiten, sei an einigen Beispielen verdeutlicht, worum es ging und geht.

1. Mit rund 50 Millionen Katholiken unter 220 Millionen Amerikanern ist die katholische Kirche heute die größte Religionsgemeinschaft in den USA. Dabei ist – unter ethnischen Gesichtspunkten – zu beachten, daß zur katholischen Kirche vor allem Nachfahren polnischer, irischer und italienischer Einwanderer gehören – also Einwanderer aus Ländern, die traditionell und auch noch aktuell als Länder mit Volkskirchen anzusehen sind; hinzu ist neuerdings der starke Zuwachs spanisch sprechender Katholiken, zumal aus Mexiko und aus Ländern der Karibik, zu zählen. Insofern kommt heute einer Stellungnahme der katholischen Kirche in den USA eine große Bedeutung zu. Noch größer wird diese, wenn man hinzufügt, daß sie einen anderen Charakter als die Positionsbestimmung des amerikanischen Katholizismus vor 35 Jahren hat: Damals konnten die kalten Krieger um Truman immer damit rechnen, daß Kardinal Spellman Stellungnahmen zugunsten der Administration abgab, und noch im Vietnamkrieg der USA stand Spellman bedingungslos auf der Seite der „Falken“.

Als vor drei Jahren die 285 amerikanischen Bischöfe beschlossen hatten, sich mit den moralischen Folgen eines möglichen Nuklearkrieges öffentlich auseinanderzusetzen, konnte noch niemand ahnen, wie die Ergebnisse solcher Untersuchungen und deren Konsequenzen für die Bildung der öffentlichen Meinung in den USA aussehen würden. Durch die Veröffentlichung der Entwürfe kam es zu einer umfassenden, im Grunde alle politischen, militärischen und moralischen Probleme berührenden Auseinandersetzung, die im Zusammenhang mit der Publizierung des zweiten Entwurfs Ende Oktober 1982 geradezu eine Zuspitzung erfuhr, erfolgte doch die Veröffentlichung unmittelbar vor den Anfang November 1982 fälligen Nachwahlen und vor in neun Bundesstaaten sowie in 30 Städten damit verbundenen Volksabstimmungen.

In acht der neun Bundesstaaten hatte es in den Volksabstimmungen zum Teil sehr große Mehrheiten für das „Einfrieren“ („Freeze“) der nuklearen Rüstungen gegeben (die eine Ausnahme: Arizona).

Dieser zweite Entwurf, in dem u. a. auch der Erstschlagsverzicht durch die USA gefordert wurde, nahm gegen die amerikanische „Abschreckungsstrategie“ so Stellung: „1) wir sind gegen neue Waffen, die wahrscheinlich zum Angriff einladen und daher dem Gedanken Vorschub leisten, daß die USA eine Erstschlagskapazität zur Zerstörung verbunkerter gegnerischer Anlagen (hard target kill) anstreben; die MX-Raketen könnten unter diese Kategorie fallen. 2) Wir sind gegen die Bereitschaft, strategische Planungen zu begünstigen, die einen Atomkrieg führbar machen wollen. 3) Wir lehnen Pläne ab, die eine Senkung der atomaren Schwelle zur Folge haben und den Unterschied zwischen Atomwaffen und konventionellen Waffen verwischen.“

Nach der Veröffentlichung dieses Entwurfs (195 der anwesenden Bischöfe hatten ihre Übereinstimmung bekundet, 71 Vorbehalte geäußert und zwölf ihn abgelehnt) kam es nicht nur zu der von den Bischöfen erwarteten und inspirierten öffentlichen Debatte. Vor allem kam es zu Pressionsversuchen seitens der Administration, insbesondere durch den „Sicherheitsbeauftragten“ des Präsidenten, William P. Clark. Aber auch international war nicht allein eine weitreichende Erörterung der Positionen der amerikanischen Bischöfe zu verzeichnen (bis hin zum Abdruck weiter Passagen des Entwurfs Anfang Januar 1983 in der Presse der DDR und zustimmenden Briefen durch den Vorsitzenden der CDU, Gerald Götting, und des Präsidiumsvorsitzenden der BERLINER KONFERENZ europäischer Katholiken, O. H. Fuchs).

Auch international wurden die Emissäre der Reagan-Administration aktiv. Am spektakulärsten war hierbei die Entscheidung eines „Reagan-Emissärs“ zur „Intervention beim Papst“. Am 10. November 1982, also kaum nach Bekanntwerden des Entwurfs, meldete dies „Die Welt“: „Aus Sorge um einen geplanten Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe soll Präsident Reagan einen Sonderbeauftragten zu Papst Johannes Paul II. geschickt haben. In dem Hirtenbrief, der im Entwurf bereits vorliegt, wollen die Bischöfe zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen aufrufen und an die amerikanischen Katholiken appellieren, den Dienst mit Atomwaffen zu verweigern. Der geplante Hirtenbrief hat bei der amerikanischen Regierung Bestürzung ausgelöst. Wie amerikanische Zeitungen berichten, schickte Reagan vor dem Auf-

bruch des Papstes nach Spanien den Ex-General Vernon Walters nach Rom, um Johannes Paul II. seine Sorgen über den Hirtenbrief vorzutragen. Walters bestätigte, daß er die Reise zum Papst unternommen habe. Nach der Vorsprache Walters' beim Papst sei der Erzbischof von Chicago, Joseph L. Bernardin, nach Rom beordert worden. Bernardin gilt als Wortführer der Anti-Atom-Bewegung unter den amerikanischen Bischöfen. In dem Papier mit dem Titel ‚Krieg und Frieden‘ wird das gesamte Spektrum der amerikanischen Nuklearstrategie in Frage gestellt und wichtige Komponenten der NATO-Doktrin der ‚flexible response‘ rundweg abgelehnt. Schon die Tatsache, daß General Walters mit der Vatikan-Mission betraut wurde, zeigt, wie ernst der geplante Hirtenbrief genommen wird. Seit der Amtszeit Harry Trumans haben amerikanische Präsidenten immer wieder Vernon Walters in Anspruch genommen, wenn es darum ging, politische Probleme mit Diskretion und diplomatischer Raffinesse zu lösen. Im Auftrag des Weißen Hauses verhandelte er unter anderem mit General de Gaulle, Tito, Zhou Enlai, Perón, Franco, König Juan Carlos und König Hassan von Marokko.“

Eine mögliche Folge dieser Intervention war eine bischöfliche Beratung im Vatikan, an der führende Vertreter der Bischofskonferenzen aus NATO-Staaten teilnahmen (20 Kardinäle aus den USA, der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und den Niederlanden sowie zehn Vertreter der Kurie). In der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 19. Januar 1983 wurde dieser Vorgang so kommentiert (und damit, gewollt, in die Aktionen gegen die amerikanischen Bischöfe eingeordnet): „Nach allem, was man über die Meinungen in den verschiedenen nationalen Bischofskonferenzen wissen kann, ist anzunehmen, daß die europäischen Bischöfe überwiegend nicht bereit sein werden, das Votum der amerikanischen Bischöfe zu unterstützen, sondern den Versuch machen werden, es zu verändern.“

Um dies hier sogleich einzuschieben: Die mit so viel Propagandaaufwand angekündigte Friedenserklärung des bundesdeutschen Episkopats, von der man Eindeutigeres erwartet hatte, weil ihre Publizierung auf den Zeitraum nach dem 6. März 1983, dem Tage der Bundestagswahlen, verschoben worden war, könnte die Richtung andeuten, in die man auf dem Wege einer „Neutralisierung“ die amerikanischen Bischöfe bringen wollte.

Eine weitere amerikanische Intervention erfolgte beim Besuch des Vizepräsidenten Bush im Vatikan bei dessen Westeuropa-Tour Anfang Februar 1983. Sie baute auf einen bereits Ende 1982 „schriftlich geäußerten Wunsch Reagans“ auf,

„Johannes Paul II. solle in seiner Skepsis gegen jede Form atomarer Rüstung zurückhaltender sein“ (Frankfurter Rundschau vom 20. Januar 1983).

Instrumentiert wurden diese Aktionen von einer Reihe katholischer Politiker in der BRD, unter denen sich der Staatsminister im Außenministerium, Mertes, besonders hervortat, sowohl in einer Ansprache auf einem „Friedenskongreß“ der bundesdeutschen CDU Anfang Februar 1983 wie in einem gemeinsam mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Verteidigungsminister Leber geschriebenen Brief an die Bischöfe in den USA. Nicht zuletzt und nicht unerwartet mußte diese Schlagzeile aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 14. Februar 1983 Erwähnung finden: „Strauß nennt katholische US-Bischöfe töricht“.

Als der neue Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im BRD-Bundestag am 6. Mai 1983 die amerikanischen Bischöfe beschimpfte, so nun freilich schon nicht mehr wegen des zweiten Entwurfs, sondern wegen der Annahme des dritten und letzten Entwurfs. Es hatte zwar nach mancherlei Presse- und Rundfunk-Meldungen im April 1983 so ausgesehen, als ob der dritte Entwurf (aufgrund von Vorschlägen des Militärbischofs John O. Connor) „entschärft“ worden sei („entschärft“ im Sinne der Reagan-Administration). Als am 3. Mai 1983 abgestimmt wurde, war aber von solcher „Entschärfung“ nichts mehr zu registrieren, und wenn der vatikanische Vertreter in den USA, Erzbischof Pio Laghi, Anfang 1983 den öffentlichen Wunsch ausgesprochen hatte, die amerikanischen Bischöfe möchten „mit der größtmöglichen Einmütigkeit“ reden, so konnte er diese am 3. Mai 1983 bestätigt bekommen (ob in seinem Sinne, bleibe dahingestellt): Mit 238 gegen neun Stimmen votierten die Bischöfe für das Dokument, das den offiziellen Titel „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort“ trägt.

In ihrem Dokument fordern die Repräsentanten der 50 Millionen amerikanischen Katholiken „unverzügliche, bilaterale, verifizierbare Abkommen, um die Erprobung, Produktion und Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme aufzuhalten“. Sie weisen den Ersteinsatz von Nuklearwaffen als „moralisch nicht vertretbar“ zurück und verlangen von der Administration in Washington, Verhandlungen über das vollständige Verbot aller Kernwaffenversuche voranzutreiben und konstruktive Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu unternehmen. Die Forderung der Bischöfe entspreche jener der Freeze-Bewegung, die von der Regierung entschieden abgelehnt werde, unterstrich die amerikanische Nachrichtenagentur AP. Das ABC-Fernsehen bemerkte, es sei das erste

Mal, daß sich die Nationale Bischofskonferenz offen gegen die Militärpolitik einer USA-Regierung stelle. Von einem „scharfen Gegensatz zu den militärischen und Verteidigungsforderungen der Reagan-Administration“ sprach die Agentur UPI. Die 150seitige Stellungnahme stehe „in scharfem Kontrast zur Militär- und Rüstungspolitik der Regierung“, kommentierte DPA. „Präsident Reagan und seine Regierung hatten seit Monaten versucht, die katholischen Bischöfe zur Abschwächung ihrer Forderungen zu bewegen.“ Schmerzlich für die Regierung sei auch, daß Stellungnahmen von Reagans Sicherheitsberater Clark und Verteidigungsminister Weinberger „aus dem eigentlichen Text verbannt worden sind und jetzt nur noch als Fußnote erscheinen“.

Kardinal Joseph Bernardin, Vorsitzender des Ad-Hoc-Komitees zur Ausarbeitung der Hirtenbriefentwürfe, erklärte, diejenigen, die in den zurückliegenden Wochen noch damit spekuliert hätten, daß die Abstimmung in Chicago eine deutliche Trennungslinie durch die Bischofskonferenz ziehen werde, seien enttäuscht worden. Erzbischof John Roach, Präsident der Bischofskonferenz, betonte auf einer Pressekonferenz im Anschluß an die zweitägigen Beratungen, die Stellungnahme werde das Denken und Handeln der über 50 Millionen Katholiken der USA maßgeblich beeinflussen und darüber hinaus der gesamten Friedensbewegung des Landes neue Impulse verleihen.

Die „Frankfurter Rundschau“ vom 4. Mai 1983 kommentierte lapidar, die katholischen Bischöfe in den USA seien „zu ihrer ursprünglichen Forderung nach einem ‚Stopp für Erprobung, Produktion und Stationierung von Nuklearwaffen‘ zurückgekehrt“. Und am 6. Mai 1983 mußte Springers „Welt“ – mit Blick auf den Hirtenbrief und den Sieg der „Freeze“-Anhänger in der 50-Stunden-Debatte im Repräsentantenhaus nur wenige Stunden später – einen Kommentar mit der Überschrift versehen: „Reagan unter Druck“. Realistischerweise hatte der Kommentator einen für dieses Blatt ungewöhnlichen Satz hinzugefügt: „Andropows neue Vorschläge verstärken noch den Druck“.

2. Auch der Synode der Anglikanischen Kirche lag am 10. Februar 1983 ein umfassendes Dokument zur Beratung vor, das im Spätherbst 1982 publiziert und seither kontrovers diskutiert worden war: „The Church and the Bomb“ (187 Seiten). Die Verfasser dieses Dokuments, unter ihnen Bischof John Baker von Salisbury und Rev. Paul Oestreicher hatten in ihm die Positionen des Unilateralismus, also der einseitigen nuklearen Abrüstung, und der Absage an die Abschreckungsstrategie eingenommen.

Man muß natürlich gegenwärtig haben, daß diese Auseinandersetzungen in der Synode zusätzlich im Schatten der Optionen der Anglikanischen Kirche und ihrer Repräsentanten im „Falkland-Konflikt“ standen, und es ist ja bekannt, daß damals die Wellen des Chauvinismus auch die Anglikanische Kirche erreichten. Erst später waren dort die Stimmen des Realismus und der Vernunft zu hören. Interessant, daß nun umgekehrt realistische und vernünftige Positionen in dem Dokument „The Church and the Bomb“ von irrationalen infrage gestellt wurden: So wandte der Londoner Bischof Dr. Leonard ein, es sei in dem Dokument zu „ausgewogen“ über die Haltung der „beiden Supermächte“ geschrieben worden – es fehlte also offensichtlich das, was wir die Bedrohungslüge nennen. Letztlich erhielt das Dokument 100 Stimmen – 338 Synodale lehnten es ab. Gleichzeitig wurde aber – und das ist bemerkenswert genug – der Zusatzantrag von Bischof Montefiore von Birmingham angenommen, in dem die Rechtfertigung eines atomaren Erstschlags abgelehnt und der Verzicht auf ihn gefordert wurden. Dies geschah (alle Informationen folgen der Jungen Kirche 3/1983) mit 275 Stimmen gegen 222.

Offensichtlich sieht sich Erzbischof Runcie angesichts dieses Abstimmungsergebnisses ermutigt, ein Friedenstreffen auf höchster Ebene mit dem Papst und dem Patriarch von Moskau und ganz Rußland zu planen.

3. Ein solches Treffen würde sowohl im Kontext der Moskauer Weltkonferenz vom Mai 1982 und der Konferenz „Life and Peace“ in Uppsala 1983 als auch im Gesamtstrom des Ökumenismus zu bewerten sein, nämlich unter dem Aspekt, daß die Eine Kirche im Streben nach dem Frieden für die Eine Menschheit leichter zu erreichen sei als durch dogmatische Diskussionen. Irgendwie kommen wir (ob nach seinen Vorstellungen?) der Verwirklichung von Bonhoeffers Fanö-Vision (1934) eines christlichen Friedenskonzils näher ...

Während die Ergebnisse der Moskauer Weltkonferenz von 1982 in diesem Jahr, Anfang März, in einem Moskauer Round-Table-Gespräch über das „Freeze“-Thema unter verschiedenen Aspekten konkretisiert wurden, ging es in Uppsala darum, in einer Versammlung führender kirchlicher Persönlichkeiten aller Konfessionen (übrigens die Grenzen der Ökumene auch durch „evangelikale“ Kräfte überschreitend) der „maßlosen Arroganz vor Gott“ entgegenzutreten und für die „Einstellung (‚Einfrieren‘) der weiteren Herstellung und Entwicklung von nuklearen Waffen“ einzutreten. Die Konferenz forderte weiterhin, zu einer „unmittelbaren

Einigung über ein allumfassendes Verbot von Atomwaffenversuchen“ zu gelangen und zur „Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen“ zu kommen. Hierbei spielte natürlich der Plan von Ministerpräsident P a l m e, der zur Eröffnung der Konferenz gesprochen hatte, eine wichtige Rolle, nämlich der von der DDR und der UdSSR unterstützte und ergänzte Plan, in Mitteleuropa eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen.

Wenn man die Hauptstichworte aus all den Dokumenten, die hier besprochen wurden (aber auch aus denen, die nur erwähnt wurden), unter dem Gesichtswinkel analysieren würde, an welcher Stelle sie ein tertium comparationis zu politischen Dokumenten aufweisen, dann würde jeder gutwillige Beobachter zu dem Ergebnis gelangen, zu dem der Ständige Ausschuß Friedensfragen der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bei einem Vergleich des Dokuments des Reformierten Bundes in der BRD von 1982 mit der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages von Anfang Januar 1983 kam.

Dieser Vergleich sieht so aus:

✓ Aus der Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes in der BRD: „IV ... Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. — Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit, zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen.“

Aus der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages: „I ... Auf der Grundlage dieser Analyse der internationalen Lage weisen die auf der Tagung des politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten die Alternative zur nuklearen Katastrophe und rufen zu einer breiten internationalen Zusammenarbeit im Namen der Erhaltung der Zivilisation und des Lebens auf der Erde auf...“

Aus der Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes in der BRD: „Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,

- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.“

Aus der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages: „— VI ... Ausgehend von diesen Erwägungen wenden sich namens der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages deren höchste Repräsentanten an die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages mit dem Vorschlag, einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt, über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen ...

— II ... Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich weiterhin entschieden dafür aus, ein Programm der schrittweisen nuklearen Abrüstung und in diesem Rahmen Vereinbarungen über die Einstellung der Entwicklung und Produktion neuer Kernwaffensysteme, der Produktion von spaltbarem Material für die Herstellung verschiedener Arten dieser Waffensysteme und von nuklearen Trägermitteln auszuarbeiten.

— II ... Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß einer Vereinbarung zwischen den militärisch bedeutsamen Staaten, die Aufstockung ihrer Streitkräfte und Rüstungen, vor allem der Kernwaffen, zu beenden, ein wichtiger Schritt zur Einstellung des Wettrüstens wäre... Diese Idee könnte vor allem dadurch verwirklicht werden, daß die strategischen Waffen der UdSSR und der USA beiderseits in quantitativer Hinsicht eingefroren werden und ihre Modernisierung maximal begrenzt wird.

— IV ... Herzstück des Vertrages könnte die gegenseitige Verpflichtung der Teilnehmerstaaten beider Bündnisse sein, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden... .

— III ... Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sehen in einem von Kernwaffen mittlerer Reichweite wie von taktischen Kernwaffen vollständig freien Europa die beste Lösung... Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich für Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Nordeuropa, auf dem Balkan und in anderen Regionen des Kontinents... aus... .

— II ... In diesem Zusammenhang erwarten die Teilnehmer der Tagung, daß nach der Übernahme der einseitigen Verpflichtung der Sowjetunion, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, all jene Kernwaffenmächte, die das bisher nicht getan haben, analog handeln werden... .

— II ... Angesichts der ständigen Vervollkommnung und des zunehmenden Wirkungsgrades der konventionellen Waffen sind neue Anstrengungen erforderlich, um das heutige Ni-

veau der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte sowohl global als auch regional zu senken und zu diesem Zweck entsprechende Verhandlungen zu führen. Es ist auch zweckmäßig, die Verhandlungen über die Begrenzung des Handels mit konventionellen Waffen wiederaufzunehmen.“

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß in den Auseinandersetzungen in der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche im April 1983 dieser Vergleich nicht ohne Wirkung auf die Beschlußfassung blieb, insbesondere auf diese Entscheidung (bei einer Gegenstimme und zehn Enthaltungen): „Alle Betroffenheit findet ihren Ausdruck in der Angst vor den vorhandenen Pershing I und SS-20-Raketen, vor der 1983 zu erwartenden Stationierung von neuartigen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und vor der als Antwort darauf drohenden Weiterentwicklung neuer Waffensysteme auf beiden Seiten. In diesem Wettlauf gegenseitiger Bedrohung wird das Klima von Abschreckung und Bedrohung verschärft. Deshalb sprechen wir uns gegen die für 1983 angekündigte Aufstellung neuartiger Mittelstreckenraketen in Westeuropa aus. Demgegenüber sieht die Synode in dem Vorschlag der Regierung Schwedens zur Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa eine erstrangige vertrauensbildende Maßnahme. Die Zustimmung der Regierung der DDR zu diesem Vorschlag begrüßen wir in der Hoffnung, daß es zur Verwirklichung dieses Schrittes kommt.“

Wenn Gerald Götting in seiner Begrüßungsansprache an die Moskauer Round-Table-Konferenz erklärt hatte, die Prager Deklaration bilde ein realistisches, für alle Seiten annehmbares Programm zur Lösung der brennendsten Fragen von Krieg und Frieden, so hatte er mit dieser Bemerkung die bis dahin bekannten Überlegungen in weltweiten kirchlichen Kreisen zusammengefaßt, und es liegt auf der Hand, auch die später bekannt gewordenen auf diesen grundlegenden Aspekt zu beziehen. Um einen weiten Gesichtspunkt aus dieser Rede Gerald Göttings aufzugreifen, so sei das zitiert, was er abschließend sagte: „Das Jahr 1983 darf kein Schicksalsjahr auf dem Weg in ein atomares Inferno sein. Es muß zum Jahr verstärkter Anstrengungen aller Menschen guten Willens gegen das Wettrüsten und die Kriegsgefahr, für den Schutz des Friedens und der Bewahrung des Lebens werden.“

In der Tat: Diese Feststellung und ihr appellativer Charakter bezeichnen klar den Inhalt der heute von uns wahrzunehmenden Verantwortung.

EVP 0,50 M

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 211 Werner Wünschmann, Dem Frieden und dem Wohle des Menschen zu dienen – Anliegen und Auftrag christlicher Künstler
- 212 Gerald Götting, Martin Luther und wir – Zum 500. Geburtstag des Reformators
- 213 Gerald Götting, Macht des Friedens – Zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR
- 214 Wolfgang Heyl, Chancen des Friedens – Betrachtungen nach der Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“
- 215 Carl Ordnung, Christen in der Friedensbewegung – Zu Position und Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)

---

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin

---